

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 34

Oktober 1951

Im Kampf um die Wirtschaftsdemokratie

Bei den kommenden Betriebsratswahlen wird es ratsam sein, die Arbeiter darüber zu informieren, welche Rolle, oder besser gesagt, zu welcher ~~nix~~ Rolle die Betriebsräte in einem kapitalistischen Staat, also auch in Oesterreich, verurteilt sind. Hier gilt so klar wie nirgendwo die Tatsache, dass die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus ungebrochen ist und daher der Schwindel mit der sogenannten "politischen Gleichheit" aller Staatsbürger in der bürgerlichen "Demokratie" offenkundig wird. Im wichtigsten Sektor unseres gesellschaftlichen Lebens, in der Produktion und Güterverteilung herrscht nach wie vor der schrankenlose Unternehmerabsolutismus. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, können alle "sozialen Schutzgesetze" die den Werktätigen eine Demokratie vorspiegeln sollen, nur eine papierene, formale Scheinexistenz führen. Darunter gehört auch das Betriebsrätegesetz. Dieses eulende Machwerk mit hundert Hintertüren für die Unternehmer, mit Hilfe der verräterischen Kapitalanten in der Gewerkschaftsführung ins Leben gesetzt, ist der offene Ausdruck des Bankrotts einer gekauften, verworfenen Clique von Arbeiterverrättern. Wie bitter sich diese Wahrheit an der Arbeiterklasse auswirkt, das haben die Tage des Oktoberstreiks 1950 gezeigt und am deutlichsten die Betrugsaffäre der Firma Rella & Neffe. Im letzteren Fall mussten die Arbeitervertreter tatenlos zusehen, wie ein paar skrupellose, habgierige "Wirtschaftsführer" sie in den Ruin treiben und hunderte Arbeiterexi-

stenzen aufs Spiel setzen. Umsonst haben die Betriebsräte monatelang vorher eine Durchsicht und Kontrolle der Geschäftsführung verlangt. Unser famöses Betriebsrätegesetz bietet keine Handhabe zur "Eingemischung" von Arbeitervertretern gegen freche Unternehmerwillkür. Und so etwas wagten die SP und Gewerkschaftsbözen den Arbeitern als das beste Betriebsrätegesetz hinzustellen. Der Bankrott der Firma Rella ist eine schallende Ohrfeige für diese Lügner. Das ganze Gesetz ist in Wahrheit eine Farce und die Betriebsräte sollen die Wurstel, bzw. das Stimmvieh für die Gewerkschaftsbürokraten abgeben.

Was wir Arbeiter brauchen, ist ein Betriebsrätegesetz, das den Arbeitervertretern ein Mitbestimmungsrecht gegen jede spekulative Unternehmerwillkür sichert. Wir fordern bei allen Mittel- und Grossbetrieben eine Kontrolle und Einsicht in die Geschäftsgebarung und jährliche Bilanzverlegung. Es ist klar, dass eine Erfüllung dieser Forderungen unter der jetzigen verräterischen Führung der Arbeiterklasse nicht zu erwarten ist. Es liegt an uns, den Arbeitern, bei den Wahlen zu zeigen, dass diese Herren mit der dicken Haut und dem breiten Hintern für die proletarische Sache verloren sind. Eine Demokratisierung der Wirtschaft kann nur unter Führung einer wirklich revolutionären, ehrlichen Klassenpartei erkämpft werden. Auf die Notwendigkeit zu ihrer Erschaffung kann nicht eindringlich genug hingewiesen werden.

Die Antwort von Zentrlisten Nr. 3. an Natalia Trotzky

I.

Im Jahre 1947 fasste die Vierte Internationale einen von Fehlern strahlenden Beschluss über die Weltlage und die durch sie der Weltarbeiterklasse gestellten Aufgaben. Unter der Hauptlosung "Gegen Wallstreet und Kreml!" verbreitete sie diesen Beschluss als Broschüre.

Die revolutionäre Opposition in der 4. I. unterwarf diese Resolution einer vernichtenden Kritik. Das Internationale Sekretariat der 4. I. liess durch einen Tintenfisch diese Kritik verschmieren. Die 4. I. änderte nichts an ihrem Beschluss, hat ihn vielmehr seit 1947 mit allen seinen schweren Fehlern weiter propagiert und propagiert ihn auch heute weiter.

"Der Stalinismus ist der Hauptfeind des Proletariats, des Sozialismus", das war und ist eine Hauptthese dieses Beschlusses.

Wäre diese Bewertung richtig, so ergäbe das die Anleitung für die Weltmassen: Richtet Eure Hauptkraft, Euren Hauptstoss nicht gegen die Weltbourgeoisie, nicht gegen die Weltimperialisten, sondern gegen den Kreml. Das wäre offenkundiges Unterstützen der Weltkapitalistenklasse, der imperialistischen Kriegstreiber: eine unzweifelhaft gegenrevolutionäre Anleitung!

Demgegenüber erklärte die revolutionäre Opposition in der 4. I.: Der Stalinismus ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse, des Sozialismus, "innerhalb der Arbeiterbewegung" - jedoch "innerhalb der menschlichen Gesellschaft" ist und bleibt der gefährlichste Feind des Proletariats, des Sozialismus die Weltbourgeoisie, der Weltimperialismus! Wir dürfen daher die Massen nicht zur Aktion "auf gleicher Stufe" gegen die zwei Hauptfeinde anleiten, sondern müssen ihnen aufzeigen, dass sie die Aktion gegen den Hauptfeind zweiten Grades (gegen Stalinregime, Kreml, Stalinbürokratie) der Aktion gegen den Hauptfeind ersten Grades (gegen die Weltbourgeoisie, gegen die Imperialisten) unterordnen müssen!!!! Die Losung der 4. I.

"Gegen Wallstreet und Kreml" leitet jedoch zur Aktion auf gleicher Stufe gegen die zwei Hauptfeinde an, sie wirkt faktisch zu Gunsten der Weltbourgeoisie, der Imperialisten, sie wirkt, ist gegenrevolutionär!

Die 4. I. ging über die revolutionäre Kritik hinweg, setzte durch die ganzen Jahre seit 1947 ihre konterrevolutionäre Linie hartnäckig fort, betreibt sie auch heute, verbreitet sie weiter mit ihrer Broschüre "Gegen Wallstreet und Kreml!".

II.

Die amerikanische Socialist Worker Party (SWP) gehörte und gehört auch heute der 4. Internationale organisatorisch nicht an. Aber sie erkannte jenen Beschluss von 1947 als politisch richtig an, verbreitete die gegenrevolutionäre Broschüre der 4. I. durch die ganzen Jahre und verbreitet sie auch heute weiter.

Warum ist es notwendig, daran heute zu erinnern? Weil die Antwort des Politischen Komitees der SWP das erfordert. Weil erst in diesem Zusammenhang die wahre politische Bedeutung dieser Antwort an Natalia Trotzky klar wird.

Die Erklärung Natalia Trozky's stützt sich unter anderem auf die Hauptthese: "Der Stalinismus ist der gefährlichste unter allen Feinden der Arbeiterklasse, des Sozialismus", also auf dieselbe These, die eine Grundlage bildet des konterrevolutionären Beschlusses der 4. I. aus dem Jahre 1947 und der gegenrevolutionären Broschüre darüber, die auch die SWP noch heute weiter verbreitet.

In seiner Antwort an Natalia Trozky erklärt das politische Büro der SWP diese Hauptthese endlich als unrichtig. Sie wiederholt die Worte der revolutionären Opposition in der 4. I.: der Stalinismus ist der grösste Feind des Proletariats, des Sozialismus "inner-

halb der Arbeiterbewegung". Fünf Jahre hat die SWP die konterrevolutionäre These trotz der Kritik der revolutionären Opposition als richtig anerkannt und propagiert. Jetzt, als ob nichts geschehen wäre, erklärt sie - hinter dem Rücken der Massen!!! - das Gegenteil dessen als richtig, was sie fünf Jahre hindurch hartnäckig verkündet hat, obwohl ihr nachgewiesen worden war, dass sie damit die kapitalistische Gegenrevolution fördert.

Wenn einer Führung ein untergeordneter Fehler unterläuft, darf sie so korrigieren. Wenn aber eine Führung einen derart entscheidenden Fehler begeht, wenn sie an ihm trotz revolutionärer Kritik fünf Jahre lang hartnäckig festhält, wenn sie so die Massen jahrelang irreführt, verwirrt, so ist die Form, in der das Politische Komitee der SWP sich korrigiert, unzulässig, weil ausserst schädlich.

Solche Fehler müssen offen und ehrlich vor den Massen aufgezeigt, korrigiert werden. Nur eine Partei, die sich so zu ihren Fehlern verhält, verhält sich ehrlieh zu den Massen. Mit aller Schärfe hat das Lenin ausgesprochen in seiner berühmten Broschüre: Die Kinderkrankheiten des "Radikalismus", 1920.

Wer so handelt, wie das Politische Komitee der SWP, verhält sich unehrlieh zu den Massen. Denn er besittigt nicht die durch ihn selbst verschuldete geistige Verwirrung der Massen, der Mitgliedschaft, sondern verstärkt durch sein verantwortungsloses Verhalten diese geistige Verwirrung, schwächt dadurch die Position der Arbeiterklasse, der Internationale, der Partei.

Einerseits benützt das Politische Komitee der SWP ihre Antwort an Natalia Trotzky, um die eigene gegenrevolutionäre Einstellung hinter dem Rücken der Massen zu korrigieren - andererseits aber verbreitet sie zu gleicher Zeit die Broschüre der 4.I. weiter, die sich nach wie vor stützt auf die These "Der Stalinismus ist der gefähr-

lichste aller Feinde der Arbeiterklasse, des Sozialismus".....Kann man angesichts dieser, sagen wir milde, widerspruchsvollen Haltung von einer ernsten Korrektur sprechen?

Im besten Falle liegt hier Mangel an Sorgfalt vor, wie er in einer so entscheidenden politischen Frage einer Organisation, die um die Führung der Millionenmassen kämpft, nicht unterlaufen darf. Diese ungewollte, aber tatsächliche politische Doppeltzungigkeit steigert die Verwirrung der Massen erst recht.

II.

Im Gegensatz zu Natalia Trotzky und zugleich im Gegensatz zum revolutionären Beschluss der 4.I. von 1947 und ihrer gegenrevolutionären Broschüre spricht das Politische

Komitee der SWP heute das aus, was die revolutionäre Opposition schon 1947 gefordert hat: "Der Imperialismus ist der Hauptfeind der Weltarbeiterklasse".

Daraus ergibt sich - doch gerade das spricht das Politische Komitee der SWP nicht aus - dass der Stalinismus im Verhältnis zum Imperialismus, zur Weltbourgeoisie der Weltarbeiterklasse mindergefährliche Feind; dass also die Aktion gegen ihn untergeordnet werden muss der Aktion gegen den gefährlichsten Feind, gegen die Weltkapitalistenklasse, gegen die Weltimperialisten!

Warum hat das Politische Komitee es unterlassen, diese notwendige Anleitung auszusprechen? Gerade deshalb, weil es weiterhin an der gegenrevolutionären Linie festhält, die durch die Losung "Gegen Wallstreet und Krenml!" ausgedrückt ist: beide Hauptfeinde auf gleicher Stufe behandeln.

Erst recht unterstrichen wird dies durch die Tatsache, dass die SWP die gegenrevolutionäre Broschüre der 4.I., die zur Behandlung der zwei Hauptfeinde auf gleicher Stufe anleitet, weiter verbreitet.

Natalia Trotzky's Erklärung geht von einer Reihe schwerer Irrtümer aus und kommt in den Hauptfragen zu

völlig verfehlten Schlussfolgerungen. Das haben wir im Artikel "Zur Erklärung Natalia Trotzky's" bereits bewiesen. Die Antwort des Politischen Komitees der SWP ist nicht unzulänglich, sondern wirkt, ist - im Zusammenhang der Gesamtpolitik der 4.I., der SWP - g e g e n - r e v o l u t i o n ä r.

Die Antwort des Politischen Komitees der SWP behebt nicht, sondern steigert die durch Natalia Trotzky's Erklärung hervorgerufene politische Verwirrung nur noch mehr.

III.

Gegenüber der wahrheitsgemässen Anklage Natalia Trotzky's, dass die Leitung der 4.I. und das Politische Komitee der SWP die Titobürokratie idealisieren, hält die Leitung der SWP daran fest, dass die Revolution in Jugoslawien zu einem Arbeiterstaat mit Arbeiterrat geführt habe; die titoistische Spaltung müsse als fortschrittliche Entwicklung unterstützt werden. Die antileninistische, also gegenrevolutionäre Aussenpolitik des Titorégimes habe die SWP offen verurteilt.

Um die Frage des jugoslawischen National"kommunismus" drückt sich das Politische Komitee. Es sucht in Worten die Anklage der Genossin Trotzky zu entkräften. Aber seine eigene Feststellung der gegenrevolutionären Aussenpolitik Tito-Jugoslawiens genügt als Beweis, dass Natalia Trotzky in diesem Anklagepunkt völlig recht hat. Sie unterscheidet mit Recht die jugoslawischen Massen von der Titobürokratie, welche Unterscheidung das Politische Komitee bezeichnenderweise nicht macht.

Schon die bisherigen Tatsachen haben das opportunistische Schwanken der 4.I., und der SWP zum Titoismus gezeigt. Der National"kommunismus" bleibt gegenrevolutionär, auch wenn er eine andere nationale Färbung annimmt als die russisch-nationale und auch wenn er noch so antistalinistisch eingestellt ist.

Kraft ihrer national"kommunistischen" Grundlinie verschiebt sich die

Titobürokratie immerweiter nach rechts. So wird die Kritik der Tatsachen den Bankrott des Zentrismus Nr. 3 gerade in der jugoslawischen Frage immer gründlicher entlarven.

IV.

Selbst die beste Sache wird zugrunde gerichtet durch grundfalsche Politik, das hartnäckige Festhalten daran.

Die Führung der 4.I. und auch das Politische Komitee der SWP haben den Mut gehabt, trotz der eindringlichen Warnung der ~~ex~~ revolutionären Opposition in der 4.I. an einer gegenrevolutionären Linie durch Jahre festzuhalten, obwohl dadurch der

der revolutionären Sache zugefügte Schaden immer grösser und offenkundiger wurde.

Jetzt müssen sie den Mut aufbringen, ihre schweren Fehler einzusehen, offen und ehrlich vor den Massen aufzuzeigen, die Wurzeln blosszulegen, denen die schweren Fehler entsprangen, die Fehler selbst offen und ehrlich vor den Massen zu korrigieren und den Kampf aufzunehmen auf der richtigen Linie, die sowohl den proletarischen Klasseninteressen, als auch der jedesmaligen konkreten Lage entspricht.

G. H i r t

4. Juni 1951

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Mietzinsserhöhung, Wohnungsbeihilfe
neuer Raub an den Massen

Schon im 5. Preis- und Lohnraubpakt war die Steigerung der Zinse insgeheim vereinbart. Die Durchführung des ganzen Raubes auf einmal schien zu gefährlich. So einigten sich die kapitalistischen Räuber und ihre sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Gehilfen den Raub

in R a t e n zu vollziehen. Jetzt eben haben sie die zweite Rate eingestrichelt.: die Mietzinssteigerung.

Um die Massen vom Widerstand abzuhalten, wurden ihnen mit der weissen Salbe der "Wohnungsbeihilfe" die Augen ausgewischt. 30 S im Monat sollen die ihnen zu Gunsten der Zinswucherer auferlegte Mehrbelastung "voll abgelenken". Hiess es nicht auch beim 5. Pakt, die 140 S würden den Massen die "volle Abgeltung" bringen der durch das 5. Abkommen verursachten Preissteigerungen? Und was hat die Erfahrung der letzten Monate Euch gezeigt? Die Ausbeuter treiben die Preise immer höher. Trotz der 140S sind die Massen heute bereits schlechter daran, als vor der 5. Rauboffensive! Und der Raubfeldzug geht weiter: er wird die "volle Abgeltung" der Mietzinssteigerung, die 30 S, bald wegschmelzen. Zurückbleiben werden Eure Zinsschillinge in den Taschen der Zinswucherer, Ihr aber, die Ihr kaum zum Leben habt, werdet noch tiefer gedrückt.

Ein Drittel der 30 S wird "aus Bundesmitteln" beigesteuert. Woher nimmt der Bund diese Mittel? Nun, aus Euren Taschen! Mittels der räuberischen Warenumsatzsteuer und den anderen gaunerischen indirekten Steuern und Eurer Lohnsteuer!...

Die kapitalistischen Wölfe samt den mit ihnen koalitierten "sozialistischen" und gewerkschaftsbürokratischen Füchsen verstehen es, den gemeinsamen Raubzug gegen die Massen schlau zu organisieren, das muss man ihnen lassen. Wir anerkennen das. Nur fragen wir Euch Arbeiter, Angestellten, armen Bauern, Kleinbürger: Haben die "sozialistischen" und gewerkschaftsbürokratischen Schlaumeier das Recht, sich als "Vorkämpfer der sozialen Gerechtigkeit" oder gar des "Sozialismus" aufzuspielen, in welcher Maske sie vor Euch auftreten? Wäre es nicht hoch an der Zeit, dass Ihr den Schwindel, den die

"sozialistischen" Helfer in Koalition mit ihren kapitalistischen Bundesgenossen an Euch betreiben, endlich durchschaut? Und ihnen den wohlverdienten Fusstritt gebt?

Sie haben sich bereit, den Raub (Rate Nr. 2) schnell unter Dach und Fach zu bringen, damit die Massen nicht Zeit finden, sich dagegen aufzubauen. Bis die Massen den Raub in ihren Taschen, in ihrem Magen spüren werden, werden wir zusammen mit unsern kapitalistischen Spiessgesellen sie durch einen neuen "sozialistischen" Trick einseifen, täuschen, betrügen - so rechnen die "sozialistischen" Schlaumeier, wie es ihnen in der Tat gar oft schon gelungen.

Was sollen die Massen dem gegenüber tun?

1. Auf diese Fortsetzung der Preis- und Lohnrauboffensive müssen sie antworten durch Kampf für höhere Löhne.

Lasst Euch nicht täuschen durch das betrügerische Inflationsgeschrei! Bis die Nationalbank beginnen wird, mehr Noten auszugeben als dem Warenumlauf entspricht, dann erst beginnt die Inflationsgefahr. Dann werdet Ihr kämpfen für die proletarischdemokratische Kontrolle der Notenbank.

2. Kampf für gleitende Löhne! - für die automatische Anpassung des Lohns an die steigende Teuerung. Bestimmung des Index durch die Gewerkschaften, Konsumvereine unter Kontrolle von Preiskontrollkommissionen.

Die Preiskontrollkommissionen müssen frei gewählt werden von den Arbeitern, Angestellten, armen Bauern, Kleinbürgern und ihren Frauen. Die Gewählten müssen, damit sie nicht bestochen werden können, jederzeit abberufbar, ersetzbar sein durch ihre Wähler.

3. Kampf der Teuerung mittels der Preiskommissionen. Gestützt auf die Massen müssen sie erzwingen die Einsicht in die Geschäftsbücher, damit die wirklichen Riesenprofite sichtbar werden, Einsicht unter Heranziehung von durch die Preiskontrollkommissionen bestimmten Sachverständigen ihres Vertrauens.

4. "Ein Oesterreich für Alle!" hat der Bundespräsident bei der Wahl

namens der SP und der Gewerkschaftsbürokratie als seine Losung den Massen verkündet. Nun, die Wirklichkeit zeigt Euch ein Oesterreich für alle Ausbeuter, Zinswucherer! Fordert den Herrn Bundespräsidenten auf, die SP und Gewerkschaftsbürokratie zu veranlassen, dieses Euch in ihrem Namen feierlich gegebene Versprechen zu halten - oder als aufrechter Mann in aller Form mit dieser wortbrüchigen Pharisäersippchaft zu brechen!

5. Die Zinswucherer behalten nach wie vor tausend Möglichkeiten, um aus den Mietern immer neue Opfer herauszupressen. Wie unter Scipel werden ihnen die kapitalistischen Gerichte dabei wacker helfen. Dem muss ein Ende gesetzt werden! Die Verwaltung der Zinshäuser muss in die Hand der Gemeinde übergehen! Kampf für die Verwaltung der Zinshäuser durch die Gemeinde!

Doch in jeder Gemeinde haben die Zinswucherer, die Ausbeuter grossen Einfluss in der Gemeindevertretung und im Verwaltungsapparat der Gemeinde. Dieser Einfluss muss beseitigt werden! Kampf für die Abschaffung des aktiven und passiven Wahlrechts der Ausbeuter in die Gemeindevertretungen! Das Wahlrecht, aktiv und passiv, in den Gemeinden darf nur den ausgebeuteten Werktätigen zustehen, das ist, den Arbeitern, Angestellten, armen Bauern, Kleinbürgern, dieser ungeheuren Mehrheit jeder Gemeinde!

Damit die so gewählten Gemeindevertreter nicht korrumpiert werden können, müssen die Wähler das Recht haben, sie jederzeit abzurufen, zu ersetzen. Kampf für die jederzeitige Abberufbarkeit, Ersetzbarkeit der Gemeindevertreter durch ihre Wähler!

6. Nur durch die Hilfe der SP und der Gewerkschaftsbürokratie vermochte die Kapitalistenklasse den Mietzinsraub

durchzuführen! Schluss mit der Koalition, mit jeder Koalition mit der Bourgeoisie oder einem ihrer Teile! Bruch mit der SP, dieser Profit-hilfspartei!

Schluss aber auch mit der Koalition der Gewerkschaftsbürokratie mit der Ausbeuterklasse! Die Gewerkschaften müssen wieder Kampforganisationen der Arbeiterschaft werden. Kampf für die Herstellung einer echten, wirksamen Gewerkschaftsdemokratie! Die Gewerkschaftsbeamten dürfen nur sachverständige Organe der Organisation sein, aber nicht deren Herren!

7. Die Losungen der KP im Kampf gegen die Zinserhöhungen waren richtig und gut. Dennoch dürft Ihr dieser Partei nicht folgen, ihr kein Vertrauen schenken! "Fürchtet die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen!" - so lautete eine Losung im fernen Altertum. Heute lautet diese Losung: Fürchtet die Stalinpest, auch wenn sie ein gutes Lüftchen begleitet!

Was will die KP mit diesen richtigen, guten Losungen? Sie will Eure Gefolgschaft. Wozu? Nun, sie will mit Eurer Hilfe die Bourgeoisie stürzen, entweichen. Aber was will sie dann? Nun, dann will ~~sie~~ die gaunerische, mörderische, von Selbstsucht stinkende stalinbürokratische Parasitenbande der Herr und Nutzniesser sein. Euch aber will sie unter ihren Fersen schuffen, schinden lassen, während die Früchte Eurer aufopfernden Arbeit sie durch Betrug, Veruntreuung, Diebstahl an sich reißen wird. Gerade diese Gaunerdemokratie ist das, was sie die "Volksdemokratie" nennen.

Wirksamer Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung setzt voraus den Bruch mit der KP! Der Krcml ist zu jeder Verständigung mit der Bourgeoisie auf Eure Kosten bereit, sofern dadurch der stalinbürokratischen Parasitenherrschaft, Parasitenwirtschaft die Weiterexistenz gesichert würde.

8. Im Kampf gegen die kapitalistische Rauboffensive braucht Ihr die Partei der proletarischen Demokratie: die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, die proletarischdemokratische Arbeiterinternationale.

Wir, die proletarische Vereinigung Oesterreichs, arbeiten daran, sie

zu schaffen. Euer eigenes Interesse fordert von Euch, uns in dieser schweren Arbeit zu unterstützen.

Diese Partei muss mit solchen Sicherungen aufgebaut werden, dass niemals wieder bürokratische Parasiten den Arbeitern auf den Rücken springen können, um die proletarische Kampfkraft für ihren eigensüchtigen Vorteil auszuschmarotzen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Diskussion um Ueberstunden

Im Heft 7 der "Sozialpolitischen Monatsschau" unter "Das Arbeitsgesetz" und unter "Urlaub" kritisiert Genosse Dr. Weissenberg das Verhalten sehr vieler unserer Genossen und Kollegen.

Er meint zum Beispiel: "Was bei uns an Ueberstundenschinderei - mitunter auch mit Unterstützung der Betriebsräte - getrieben wird, macht uns das Argumentieren bei der Durchsetzung des Arbeitszeitgesetzes nicht leicht." Er hat damit, so weit es dadurch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gibt, durchaus recht. Recht hat er auch, wenn er anschliessend meint, es trägt dem Einzelnen ein paar Schilling mehr ein, er wird sie aber in ein paar Jahren mit verbrauchten Kräften bezahlen. Ebenfalls recht hat er, wenn er aufzeigt, dass dadurch den Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten genommen werden. Aber glaubt Gen. Dr. Weissenberg wirklich, dass alle diese Genossen und Kollegen, welche Ueberstunden "schinden", das nicht alles wissen?

Mag ein Kollege zehnmal unsozial sein und sich denken: was gehen mich die Arbeitslosen an - dass er mit seinen Kräften dabei Raubbau treibt, braucht ihm aber wohl niemand erst zu sagen. Das gleiche gilt auch für die kriti-

sche Bemerkung, dass sich Manche den Urlaub auszahlen lassen. Ja, Gen. Dr. Weissenberg, nicht nur das, ich gehe nicht fehl zu behaupten, dass viele, anstatt sich in ihrem Urlaub zu erholen, mit Pickel und Schaufel auf Baustellen und im Stollenbau "barabern" gehen.

Hier möchte ich bemerken, dass ich keinerlei Ueberstunden "schinde" und meine Nebenbeschäftigung darin besteht, dass ich Vertrauensmann bin, also eher noch mehr Auslagen habe als Zulagen. Dennoch kann ich jene Kollegen, welche Ueberstunden machen oder einer Nebenbeschäftigung nachgehen, verstehen, wenn ich das als Sozialist und vielleicht gerade als solcher, auch nicht befürworten kann. Mögen vielleicht Einzelne wirklich nur um des lieben Geldes willen so handeln, so zwingt doch die Meisten die nackte Not dazu. Man muss wohl wirklich, fast möchte ich sagen, auf dem Mond leben, wenn man glaubt, die Genossen haben mit 8 Stunden Arbeitszeit nicht genug, oder dass sie nicht auch lieber ihren Urlaub mit der Familie im Gebirge oder wenigstens mit Ausrasten verbringen möchten.

Man muss nur den Einzelnen um das Warum fragen, dann erstirbt in den meisten Fällen jede Kritik schon auf den Lippen. Oder kann man tadeln, wenn ein Kollege, verheiratet, mit ein bis zwei Kindern, bei 800 S Monatsgehalt in seinem Urlaub "barabern" geht, damit er den Kindern für den Winter Schuhe kaufen kann? Ein anderer möchte sich ein Fahrrad kaufen, weil er weit vom Arbeitsplatz wohnt! Kann man tadeln, wenn ein Ausgebombter durch Ueberstunden versucht, halbwegs das ~~Yax~~ Verlorene wettzumachen? Kann man tadeln, wenn Jungverheiratete beide zusätzlich zu verdienen trachten, um eine Wohnung einrichten zu können? Krasse Fälle möchte ich gar nicht anführen, es gäbe deren genug.

Hat der Gen. Dr. Weissenberg schon einmal probiert sich vorzustellen, wie er mit 700 bis 800 oder sagen wir mit 1000 S Monatslohn heiraten und einen Haushalt gründen soll? Vor dieser Rechenaufgabe stehen heute viele Genossen und Kollegen. Der beste Ma-

thematiker wird sich daran die Zähne ausbeissen, ausser er braucht kein Geld für das Essen.

Die meisten, wenn nicht alle Kollegen brauchen Kleider, Wasche, Geschirr, Möbel und anderes mehr, leider bekommt keiner von der ECA oder vom Finanzminister die wirklich notwendigen "Investitionsgelder" dazu. Solche Gelder bekommen nur jene, welche, während

der Arbeiter und Angestellte fleissig für den Wiederaufbau grosse Opfer gebracht hat und noch bringt, riesige Profite eingeheimst haben!

Nach meiner Ansicht, als kleiner Vertrauensmann, sind die angeführten Probleme viel zu tieflegend, zu ernst und allgemein, als dass man sie mit ein paar Zeilen kritischer Zeilen anprangern kann. Nur ein Lebensstandard, von welchem wir leider noch ein Stück entfernt sind, könnte uns ideale Zustände bringen.

Freundschaft!

Hans Harrasser, Vertrauensmann,
Kraftwerk Spallersee, Wald a.A., Vorarlberg.

Diesen Brief eines SP-Funktionärs aus Vorarlberg bringt "Der Sozialistische Gewerkschafter" Nr.8, Sept.1951, das Organ der SP-Fraktion im OeGB. Die SP-Bonzen veröffentlichen zwar diesen Brief, führen sie aber einen energischen Kampf um die Abstellung dieser Nöte der Arbeiterschaft? (Siehe das 5. Lohn- und Preisabkommen!)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Genossen! Durch die grosse Verteuerung des Papiers ist die finanzielle Lage unseres Blattes sehr angespannt. Wir ersuchen jeden einzelnen Genossen, nach Möglichkeit für den Kampffond zu spenden, um das regelmässige Erscheinen unseres Blattes zu gewährleisten.

Mit proletarischem Gruss!

Die Proletarische Vereinigung Oesterreichs !